



An Herrn Ministerpräsident Winfried Kretschmann
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Str. 15

70184 Stuttgart

- Per Mail

**Fraktion im Gemeinderat
Rathaus Stuttgart**

Zimmer 8, Marktplatz 1
70173 Stuttgart
gruene.fraktion@stuttgart.de
www.lust-auf-stadt.de

Kreisverband Stuttgart

Kreisgeschäftsstelle
Königstrasse 78
70173 Stuttgart
info@gruene-stuttgart.de

Stuttgart, 14. Mai 2020

Sehr geehrter Ministerpräsident Kretschmann, lieber Winfried,

mit großer Verwunderung haben wir von dem Vorstoß zu einer sogenannten „Innovationsprämie“ gelesen, mit welcher der Automobilindustrie unter die Arme gegriffen werden soll. Für den Kauf von Autos mit Verbrennungsmotoren ab Schadstoffklasse 6d-Temp soll es demnach 3000 Euro geben, für Plug-In-Hybride, Elektro- und Wasserstoffautos 4000 Euro und für das gleichzeitige Verschrotten von Autos mit Euro-Norm 3 und 4 bzw. den Wechsel zum E-Fahrzeug 1000 Euro obenauf.

Aus ökologischen, ökonomischen, sozialen und Gründen der Akzeptanz sind aus unserer Sicht Prämien in dieser Form abzulehnen.

Am schwersten wiegt dabei für uns der ökologische Fehlanreiz, der durch eine weitere Förderung von Verbrennungsmotoren gesetzt würde. Als Stadt kämpfen wir seit Jahren gegen überhöhte Luftschadstoffwerte, die maßgeblich von den Verbrennern beeinflusst werden. Und: die ersten Monate dieses Jahres haben gezeigt, dass wir uns bereits mitten in der Klimakrise befinden. Maßnahmen, die diese weiter befeuern, kann unsere Gesellschaft sich nicht leisten.

Es ist wichtig, die Automobil- und ihre Zulieferindustrie jetzt beim Strukturwandel zu unterstützen, um langfristig Hunderttausende Arbeitsplätze zu retten. Unsere Autoindustrie ist fähig, klimaneutrale Antriebe auf die Straße zu bringen, wenn wir politisch die richtigen Anreize setzen. Förderung sollte es nur für echt klimafreundliche Antriebe geben. Klare Vorgaben, um nur scheinbar klimafreundliche Neuwagen auszuschließen, sind nötig. Außerdem darf es nicht zu einer weiteren Zunahme der Fahrzeugzahl auf deutschen Straßen kommen. Nicht zuletzt ist die ökologische Wirkung einer verfrühten Verschrottung von Fahrzeugen zu bedenken.

Die letzte ‚Abwrackprämie‘ hat außerdem gezeigt, dass auch aus ökonomischer Sicht nicht die intendierte, sondern teils sogar eine gegenläufige Wirkung erzielt wurde. Es kam zu Mitnahme- wie auch Vorzieheffekten und einem langfristigen Preisverfall bei den Händlern. Arbeitsplätze wurden nicht gesichert. Volkswirtschaftlich wäre die Wiederholung einer solchen Maßnahme aus unserer Sicht nicht sinnvoll.


Ein weiterer Aspekt, die soziale Komponente, darf nicht vergessen werden. Nur relativ wohlhabende Menschen in einer sicheren Position können oder wollen sich in der jetzigen Krise einen Neuwagen leisten. Gerade diejenigen, die von Kurzarbeit oder anderen prekären Arbeitssituationen betroffen sind, benötigen staatliche Unterstützung. Maßnahmen zur wirtschaftlichen Prosperität müssen alle Menschen in unserem Land mitdenken, besonders die, die es jetzt schwer haben.

Schließlich muss es auch immer um die Frage der Akzeptanz gehen. Gerade jetzt müssen wir unsere Bürger*innen mitnehmen und Maßnahmen so anpassen, dass sie weitreichend auf Verständnis stoßen. Solange die Autokonzerne noch genügend Liquidität haben, um viele Milliarden an Dividenden auszuschütten und hohe Gehälter inklusive Boni an die Führungsebene zahlen können, ist eine öffentliche finanzielle Unterstützung nicht nachvollziehbar. Staatshilfen müssen ein solches Verhalten ausschließen. Die Ausfälle der Verkehrsunternehmen hingegen sollen die Kommunen und die Kund*innen schultern, die für eine geringere Leistung im öffentlichen Verkehr weiterhin denselben Preis zahlen. Umfragen zufolge lehnen fast zwei Drittel der Deutschen und alle Anhänger der im Bundestag vertretenen Parteien eine Neuauflage der alten ‚Abwrackprämie‘ mehrheitlich ab.

Eine echte Innovations- oder auch Mobilitätsprämie sollte sein, dass andere Fortbewegungsarten gefördert werden. Eine Mobilitätsprämie muss den Kauf einer BahnCard oder eines Jahrestickets im öffentlichen Nahverkehr oder auch die Anschaffung eines Lastenfahrrads beinhalten. Anregen möchten wir zur Unterstützung auch unserer (mittelständischen) Unternehmen etwa in der Zulieferindustrie eine deutliche Förderung in Bereichen wie Digitalisierung und Flexibilisierung.

Anfang Juni will die Bundesregierung eine Entscheidung zur Prämie treffen. Wir appellieren an Dich, sich für ein stimmiges Konzept beim Bund einzusetzen, um einen Pakt für die Zukunft für uns alle zu schmieden.

Mit freundlichen Grüßen



Gabriele Nuber-Schöllhammer und Andreas Winter
Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Stuttgarter Rathaus

Amelie Montigel und Mark Breitenbücher
Kreisvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen KV Stuttgart